

# Meldungen

zusammengestellt von Karl-Heinz Krämer

## Proteste gegen die Ratifizierung des Mahakali-Vertrags

Die geteilte Meinung über die Unterzeichnung des Mahakali-Vertrags bringt Politiker zusammen, die ansonsten völlig gegensätzliche Ideologien vertreten. So kam es bereits im Vorfeld der Parlamentsentscheidung wiederholt zu Demonstrationen und anderen Protestkundgebungen. Sie wurden nach der Ratifizierung noch verstärkt. Die Zerrissenheit der 'Communist Party of Nepal-United Marxist Leninist' (CPN-UML) über die Frage ihrer Zustimmung zu dem Vertrag wurde in den Wochen nach der Abstimmung deutlich. Es hieß, bei der entscheidenden Abstimmung im Zentralkomitee der Partei am 20. September hätten sich die Befürworter des Vertrages mit nur einer Stimme Mehrheit durchsetzen können. Auf Initiative ihres inzwischen wieder aus dem Krankenhaus entlassenen Parteivorsitzenden, Man Mohan Adhikari, raufte sich das Zentralkomitee erst Mitte Oktober zu einer gemeinsamen Plattform zusammen und stellte so die Einheit der Partei wieder her.

## Spaltung des 'Nepali Congress'

Am 16. September wurde die Spaltung des 'Nepali Congress', die sich schon seit längerem angedeutet hatte, vollzogen. Jagannath Acharya, 1991 bis 94 Minister im Kabinett von Girija Prasad Koirala, der wegen seiner Parteikritik wenige Wochen zuvor für einen Zeitraum von drei Jahren aus dem 'Congress' ausgeschlossen worden war, organisierte im Namen der von ihm gegründeten 'Prajantrik Samajvadi Samuha' ('Democratic Socialist Group') eine zweitägige Veranstaltung in Kathmandu. Am Ende dieses Treffens wurde eine neue Partei unter dem Namen 'Jana Congress' ('People's Congress') gegründet. Jagannath Acharya beschuldigte den 'Nepali Congress', seine ursprüngliche sozialistische Ideologie verlassen zu haben. Ziel seiner neuen Partei sei die Förderung von Nationalismus, Demokratie und Sozialismus. Er erklärte ferner, seine Partei werde unter der Leitung von Ganesh Man Singh arbeiten. Dieser bestreitet zwar später jegliche Verbindungen, doch ist die Spaltung des 'Nepali Congress' auch als eine logische Folge des seit Jahren andauernden Konflikts zwischen Ganesh Man und dem 'Congress'

Vorsitzenden Girija Prasad Koirala zu sehen.

Für Verwirrung sorgte Arbeitsminister Bal Bahadur Rai ('Nepali Congress'), der an der Veranstaltung teilnahm und in einer Rede erklärte, es sei an der Zeit, daß alle demokratischen Kräfte sich zum Schutze der Demokratie zusammentäten. Angeblich habe er zu spät erkannt, daß das Treffen die Interessen des 'Nepali Congress' zu unterwandern versuchte.

## Mißstimmung auch beim kleinen Koalitionspartner

Die 'Nepal Sadbhavana Party', mit zwei Abgeordneten an der Regierung beteiligt, äußerte sich unzufrieden, an wichtigen Entscheidungen, wie der Ernennung von Botschaftern und Mitgliedern der 'National Planning Commission' nicht hinzugezogen zu werden. Als weitere Bereiche der Nichtbeteiligung wurden genannt: die Inspektionsteams, die den Grenzverlauf an den östlichen bzw. westlichen Grenzflüssen Mechi und Mahakali untersuchen sollten, das Beobachterteam, das zu den Präsidentenwahlen in die USA geschickt wurde, sowie die Entscheidung über Zuckerimporte aus Indien.

Unterdessen zeigt die Partei auch zunehmend Auflösungserscheinungen. Hatte sie bei den Wahlen von 1991 noch sechs Mandate erringen können, so waren es 1994 nur noch drei. Über den Sturz der UML-Regierung im September kam es zur Abspaltung einer Gruppe von Befürwortern einer Koalition mit der CPN (UML). Die beiden verbleibenden Abgeordneten der Partei wurden in der 48-köpfigen Regierung Sher Bahadur Deubas mit Ministerämtern bedacht. Einer der beiden, Anis Ansari, beschuldigt nun seinen Parteigenossen und Ministerkollegen Gajendra N. Singh, der gleichzeitig Vorsitzender der NSP ist, öffentlich der Korruption, worauf er von Singh aus der Partei ausgeschlossen wurde. Welche Folgen dies für die Koalitionsregierung hat, bleibt abzuwarten. Der 'Nepali-Congress' hat zur Zeit 82 Abgeordnete, die 'National Democratic Party' 19 und die NSP nunmehr lediglich einen; dies macht zusammen 102 von derzeit 202 Parlamentsabgeordneten. Bei dieser knappen Mehrheit der Koalition kommt den anstehenden Nachwahlen für die drei zur Zeit unbesetzten Parlamentssitze entscheidende

Bedeutung zu.

## Indische Entschädigungen für Opfer von Gewaltakten in Kashmir

Nach Auskunft des nepalischen Außenministers Prakash Chandra Lohani hat sich die indische Regierung bereit erklärt, die Familien der acht nepalischen Arbeiter, die vor einigen Wochen in Kashmir von muslimischen Separatisten ermordet worden waren, mit jeweils 160.000 Rupien (ca. 4.200 Mark) zu entschädigen. Am 13. Oktober überreichte der indische Botschafter, K. V. Rajan, jeweils 100.000 Rupien an die Familien der acht getöteten Nepali. Padma Bahadur Thapa, der den Anschlag verletzt überlebte, erhielt 50.000 Rupien.

## Äußerungen Deubas zur Kastendiskriminierung

Im September hielt die 'Nepal National Depressed Societies Welfare Organization' in Kathmandu ihren 5. Nationalkonvent ab. Premierminister Deuba erklärte in einer Ansprache, es sei notwendig, die Kastendiskriminierung zu beenden, wenn die gesetzten Entwicklungsziele erreicht werden sollen. Als einzige konkrete Maßnahme kündigte er jedoch lediglich die Bildung einer Kommission an, die über die Beseitigung gesellschaftlicher Diskriminierungen Überlegungen anstellen soll. Entsprechend kritisierte Man Bahadur Bishwakarma, Abgeordneter der 'National Assembly' und Angehöriger der "unberührbaren" Kaste der Kami (Schmiede), die Regierung erweise sich als unfähig, konkrete Programme für die Entwicklung der unterdrückten Klassen zu initiieren.

## Propagandafeldzug der 'Shiv Sena' in Nepal

Arun Subedi, der Vorsitzende des hindufundamentalistischen 'Shiv Sena Nepal' erklärte auf einer Pressekonferenz, die kashmirischen Muslime, die in Nepal lebten, seien für das Land gefährlicher als AIDS und müßten daher sofort vertrieben werden. Außerdem würden in der kashmirischen Moschee in Kathmandu terroristische Aktivitäten geplant. Daher müsse diese vor dem Königspalast gelegene Moschee genauso zerstört werden wie die Babri Moschee im indischen Ayodhya. Gerade an dieser

Stelle könnten terroristische Aktivitäten nicht geduldet werden. Subedi sagte, der 'Shiv Sena Nepal' sei nach der Demokratiebewegung wegen der Diskussion über die Definition Nepals als Hindustaat gegründet worden. Die Organisation widme sich ausschließlich dem Schutz und der Förderung des Hindu-staates. Nepal sei der einzige Hindu-staat der Welt und der 'Shiv Sena' sei eine monarchistische Organisation. Es sei wichtig, den Hindumonarchen zu stärken und ihm größere Machtbefugnisse zu geben. Ohne König würden die politischen Führer Nepal stillschweigend an Indien ausliefern. Interessanterweise erklärte sich Subedi gleichzeitig bereit, notfalls den indischen 'Shiv Sena' zur Zerstörung der kashmirischen Moschee zur Hilfe zu holen.

### Zum "Volkskrieg" der Maoisten

Anfang Oktober zog der stellvertretende Innenminister, Deepak Prasad Banskota, vor der Nationalversammlung ein Resümee über die Auswirkungen des von den Maoisten in einigen Distrikten Nepals ausgerufenen "Volkskrieges". Der Minister wertete die Aktionen der linksextremen NCP (Maoist) als kriminelle Taten, denen bisher 43 Menschen zum Opfer gefallen seien, darunter 32 Maoisten; 96 Personen seien verletzt worden. Die Maoisten hätten 39 Häuser niedergebrannt und 30 weitere geplündert. Es sei zu 13 Bombenanschlägen und 34 Angriffen auf Personen gekommen. Die Regierung habe die Sicherheitsvorkehrungen in den betroffenen Distrikten erheblich verstärkt. Gleichzeitig haben man den Maoisten aber auch einen Dialog angeboten (siehe auch 'Südasiens', 4/96).

### Telefonverbindungen jetzt zu allen Distrikten des Landes

Mitte September wurden die ersten Telefonverbindungen im nordwestnepalischen Dolpa-Distrikt eingerichtet. Damit sind nun alle 75 Distrikte des Landes an das Telefonnetz angeschlossen.

### Kathmandu schließt Partnerschaft mit Xian

Am 13. September unterzeichneten der Bürgermeister von Kathmandu, P. L. Singh, und der Bürgermeister der chinesischen Stadt Xian, Feng Suchu, ein Abkommen über die Aufnahme einer gemeinsamen Städtepartnerschaft.

### Inoffizieller Besuch des Außenministers in Deutschland

Am 16. November hielt sich der nepalische Außenminister, Prakash Chandra

Lohani zu einem inoffiziellen Besuch in Deutschland auf. Bei einer Veranstaltung der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft in Köln stellte er ausführlich die nepalische Außenpolitik dar. Über die deutsch-nepalischen Beziehungen zeigte er sich hochzufrieden. Es gebe keinerlei Schwierigkeiten. Ende November hat Bundespräsident Herzog Nepal einen sechstägigen Besuch abgestattet.

Angesprochen auf die sich in letzter Zeit stark häufenden Berichte über die Abschiebung politischer Flüchtlinge aus Tibet nach China vertrat Lohani grundsätzlich den chinesischen Standpunkt, wonach Tibet ein integraler Bestandteil Chinas sei und es sich bei den nach Nepal kommenden Flüchtlingen fast ausschließlich um Terroristen handele. Dies deckt sich mit der Art der Berichterstattung in der nepalischen Presse über die fast täglichen Verhaftung von "Hooligans" bzw. "illegalen Eindringlingen" aus Tibet. Lohani versicherte jedoch, er habe persönliche Anweisungen gegeben, keine tibetischen Flüchtlinge mehr zu deportieren.

Das Verhalten Nepals dürfte sich auf Dauer auch auf das internationale Verständnis für das bhutanische Flüchtlingsproblem auswirken. Vor dem UNHCR in Genf schilderte Außenminister Lohani am 7. Oktober erneut die Lage in den Flüchtlingslagern Ostnepals. Er wies auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme hin und bat den UNHCR um Unterstützung. Die Flüchtlinge hätten auf dem Weg nach Nepal mehrere Staatsgrenzen überquert; folglich handele es sich um ein internationales Problem.

### Nepalische Polizei schoß erneut auf tibetische Flüchtlinge

Von 142 tibetischen Flüchtlingen, die zwischen Mitte und Ende November nach Nepal flüchteten, erlitten 43 schwerste Erfrierungen. Bei mindestens drei müssen Gliedmaßen amputiert werden. Die größte Gruppe war in einen Schneesturm auf dem 5.220 Meter hohen Larkya-Pass nördlich des Achttausenders Manaslu geraten. Die in der Nähe stationierte Polizei half den Verletzten, nach Kathmandu zu kommen. Nordöstlich von Kathmandu dagegen, in Lamabagar nahe des Siebentausenders Gaurishankars, feuerte die Polizei auf 32 Flüchtlinge, darunter neun Kinder. Drei Männer wurden angeschossen und schwerverletzt, die anderen durch Schlagstöcke getroffen. Die Polizei verweigerte jede Unterstützung der Verletzten. Bei den meisten Flüchtlingen handelt es sich um junge Mönche. Sie wurden von den Chinesen aus ihren Klöstern verwiesen, als sie sich einer politischen Umerziehungskampagne wi-

dersetzten.

### Helikopterflüge auf Kosten von Arbeitsplätzen

Die staatlichen Zeitungen 'Rising Nepal' und 'Gorkhapatra' berichteten, daß die vier privaten Fluggesellschaften 'Gorkha Airlines', 'Everest Air', 'Nepal Airways' und 'Asian Airlines' wöchentlichen 10-15 reguläre Helikopterflüge nach Lukla und Syangboche, im Distrikt Solu-Khumbu, anbieten. Die Mehrzahl der Touristen, die das Everestgebiet besuchen möchten und vor allem auch die lokalen Händler nutzten heute diese Helikopterdienste. Dies habe zur Folge, daß über 1.500 Pensionen entlang der Haupttrekkingroute zum Mt. Everest über Besuchermangel klagten. Hunderte von Trägern in Jiri, Dolakha und Ramechhap seien arbeitslos geworden.

### Verstärkte Nahrungsmittelproduktion

Nepals Premier Deuba hat an alle betroffenen Kreise im Land appelliert, sich der Aufgabe der Nahrungsmittelsicherung zu stellen. Nepal müsse seine in der Vergangenheit unternommenen Anstrengungen zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung prüfend bewerten und die zukünftigen Anstrengungen verstärken, indem es die beschränkten Ressourcen des Landes richtig mobilisiere. Nepal, das in den 80er Jahren ein Netto-Lebensmittelexporteur war, mußte in den letzten Jahren hauptsächlich wegen seiner jährlich um 2,5 Prozent wachsenden Bevölkerung, Nahrungsmittelgetreide einführen. Experten sagen voraus, daß das Nahrungsmitteldefizit des Landes im Jahr 2002 250.000 Tonnen überschreiten werde.

### Unverständliche Gerichtsentscheidung

Entgegen der Aussagen der Verfassung werden Männer und Frauen in vielen nepalischen Gesetzen nach wie vor ungleich behandelt. Hintergrund sind meist gesellschaftliche und kulturelle Vorstellungen, die im Hindustaat Nepal aus dem überlieferten Hindurecht übernommen wurden. Bis 1993 äußerte sich dies beispielsweise im Aufenthaltsrecht für ausländische Ehepartner von Nepali: Die Ehefrauen nepalischer Männer erhielten eine sofortige unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, während die ausländischen Ehemänner nepalischer Frauen wie Touristen behandelt wurden. Erst gegen Ende der Koirala-Regierung wurde das Gesetz geändert: Unabhängig vom Geschlecht erhielten nun ausländische Ehepartner nepalischer Staatsbürger eine Daueraufenthaltsgenehmigung, mußten allerdings monatliche Visagebühren entrichten. Dagegen klagten nun

ausländische Ehefrauen von Nepali vor dem Obersten Gericht, weil sie zuvor kostenlose Aufenthaltsgenehmigungen erhalten hatten. Anfang Oktober forderte der Oberste Gerichtshof nun die Regierung auf, die Erhebung von Gebühren für ausländische Frauen wieder zurückzunehmen, nicht jedoch die für ausländische Ehemänner. Mit diesem Urteil verstößt der Oberste Gerichtshof gegen den Gleichheitsgrundsatz, den er in früheren Entscheidungen eigentlich sehr positiv vertreten hatte.

### Deuba in Großbritannien - Die Behandlung von Gurkha-Soldaten

Premierminister Deuba kehrte am 18. November von einem viertägigen Staatsbesuch aus London zurück. Laut Prakash Chandra Lohani, dem nepalischen Außenminister, hat dieser Besuch eine Wende der nepalisch-britischen Be-

ziehungen ermöglicht. Die traditionelle britische Perspektive, in Nepal einzig das Rekrutierungsgebiet für Gurkha-Soldaten zu sehen, hat sich gewandelt und Geschäftsbeziehungen werden immer bedeutender. Die nepalische Delegation hat insbesondere für pensionierte Gurkhas materielle Verbesserungen eingefordert. Daneben wurde auf die geeignete Unterbringung der Gurkha-Einheiten mit ihren Familien hingewiesen, sobald diese 1997 aus Hongkong abgezogen werden. Die britische Regierung versprach, hierzu Lösungen vorzubereiten. Pensionierte Gurkhas, die mittlerweile wieder in Nepal leben, beklagen, daß sie nur ein Zehntel der Pensionen ihrer ehemaligen britischen Kameraden erhalten. Diese Diskriminierung wird von britischer Seite wiederholt mit einem trilateralen Abkommen von 1947 zwischen Großbritannien, Nepal und dem damals noch abhängigen Indien begründet, in dem

festgehalten wurde, daß der Sold der Gurkhas an die jeweils in Indien gültigen Beamtengehälter angepaßt werden soll. Diese Regelung trifft in Nepal zunehmend auf Kritik, da mit Indien ein außenstehender, souveräner Staat in die zwischenstaatlichen Angelegenheiten mit Großbritannien eingeschaltet ist. Selbst aus armeenahen Kreisen in Hongkong wird eine Änderung angefordert. Gurkhas gelten in Hongkong als absolut loyal, obwohl sie teilweise ungerecht behandelt werden, wie der Manager eines Sicherheitsdienstes in Hongkong, der auch ehemalige Gurkha-Soldaten beschäftigt, einem britischen Magazin sagte. In Großbritannien befürchtet das Verteidigungsministerium jedoch den Aufschrei von Nationalisten und Rassisten, wenn nach 1997 etwa 3.000 dunkelhäutige Gurkha-Familien auf die Insel kommen und die britische Staatsangehörigkeit erhalten.

## Kommentar: Nepals neue politische Krise

Die Koalitionsregierung Nepals ist nach nur gut einem Jahr in eine ernste Krise geraten. Neutrale Beobachter führen die rückläufige Popularität der Dreiparteienkoalition ('Nepali Congress'/NC, 'Rastriya Prajatantra Party'/RPP, 'Nepal Sadbhavana Party'/NSP) auf deren glanzlose Führung durch Premierminister Sher Bahadur Deuba zurück. Parteivertreter werfen der Regierung sogar völliges Versagen vor, nachdem ein Minister nach dem anderen unter Korruptionsverdacht gerät. Eine Kommission zur Aufklärung der Vorwürfe ('Commission for Investigation of Abuse of Authority', CIAA) hat schon mehrere Minister vorgeladen und sie verhört.

Der ehemalige Premierminister Adhikari und Vorsitzende der kommunistischen CPN-UML, drängt die Deuba-Regierung zum Rücktritt und fordert Neuwahlen. Doch selbst seine eigenen Parteigenossen, sowie die übrigen Parteien, distanzieren sich noch von dieser Forderung. Zum einen ist nicht abzusehen, ob Neuwahlen zu einer regierungsfähigen Mehrheit führen. Darüber hinaus fürchten viele Abgeordnete auch um ihr eigenes persönliches Schicksal. Es könnte nämlich sein, daß die verärgerten Wählerinnen und Wähler sie nicht mehr wählen.

Es gibt deshalb Anzeichen, daß die Parteien an einer neuen Zusammensetzung der Koalition arbeiten. Eine Fraktion der Kommunisten mit Parteisekretär Madhav Kumar Nepal strebt eine Koalition mit NC und RPP an, da diese Konstellation einer "nationalen Regierung, die das Land so dringend benötigt, am nächsten kommt."

Trotz der gegenseitigen Schuldzuweisungen der drei Koalitionsparteien gehen politische Beobachter noch nicht davon aus, daß die Tage der Deuba-Regierung tatsächlich schon gezählt seien. Da sie sich in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf verständigt hatten, die Verfehlungen der kommunistischen Vorgängerregierung zu beheben, ist eine Kräfteverschiebung mit kommunistischer Beteiligung derzeit nur schwer zu vermitteln.

Der Generalsekretär der RPP, Rabindra Nath Sharma, dem auch Ambitionen zu einem hohen Regierungsamt nachgesagt

werden, wirft Regierungschef Deuba jedoch Versagen vor und beschuldigt ihn, in Korruptionsaffären verstrickt zu sein. Deshalb fordert er den 'Nepali Congress' zu einem Führungswechsel auf. Entweder solle Deuba vom Amt des Regierungschefs zurücktreten oder die Partei verspiele ihren Führungsanspruch in der Koalition.

Deuba gerät auch innerparteilich unter Druck. Der 'Congress'-Vorsitzende Girija Prasad Koirala, ebenfalls ein Aspirant für die Regierungsführung, fordert von Deuba einen energischeren Führungsstil. Er zielt vor allem auf die RPP und fordert sogar den Rauswurf einzelner Minister, die von dieser Partei gestellt werden, selbst auf die Gefahr hin, damit die Koalition zu sprengen. Deubas Befürchtungen, mit einem solchen Konfrontationskurs die politische Stabilität zu gefährden, wird in seiner eigenen Partei nicht anerkannt. In der Öffentlichkeit mache sich vielmehr der Eindruck breit, daß Deuba kaum regiert, sondern nur aus persönlichem Interesse am Posten des Regierungschefs festhalte.

Im Frühjahr nächsten Jahres stehen in Nepal Nachwahlen an, von deren Ausgang Hinweise erwarten werden, welche Partei die nächsten Parlamentswahlen gewinnen könnte. Die Parteien bereiten schon heute ihre Wahlkampfkampagnen vor, und die entscheidende Frage ist, ob NC und RPP jeweils eigene Kandidaten aufstellen oder ob sie sich gegenseitig absprechen. Da jedoch beide Parteien an einer Stärkung ihrer Parlamentsvertretung und Machtposition interessiert sind, ist die Aufstellung separater Kandidaten zu erwarten.

Auf die Nachwahlen folgen anschließend Kommunalwahlen und spätestens dann erwarten Beobachter ein Auseinanderbrechen der Koalition, da dies der letzte Wahlgang vor den regulären Parlamentswahlen ist. Dementsprechend werden die Parteien um jede Stimme kämpfen und nicht zu Kooperationen bereit sein. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierungsparteien NC und RPP tatsächlich in einem politischen Bündnis gegen die Kommunisten vereint bleiben.

Ram Pradhan

(Übersetzung: Jürgen Clemens)